

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 5.3.2007
- 3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 3.1 Einstellung von zwei Brandmeistern
- 3.2 Besetzung der Planstelle "Stadtentwicklung/Strukturpolitik"
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 5.3.2007

Das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 5.3.2007 wird genehmigt.

- 3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 3.1 Einstellung von zwei Brandmeistern

Herr Stoffers erläuterte die Zahlen anhand des ersten Entwurfs der Personalbedarfsrechnung der Firma Rinke und schlug in diesem Zusammenhang vor, die endgültigen Ergebnisse in einer Sondersitzung durch Vertreter der Firma Rinke vorstellen zu lassen. Auf der Basis des vorliegenden Entwurfs sei es so, dass für das Jahr 2007 ein Stundenbedarf in Höhe von 222.000 Stunden errechnet wurde. Das bedeute, dass auf der Basis einer 56-Stunden-Woche auch in 2007 eine zusätzliche Zahl an Überstunden in Höhe von 16.830 Stunden produziert werden würde. Dies setze sich in 2008 fort; erstmalig entwickle sich die Bilanz in 2009 anders, hier beginne dann der Überstundenabbau. Voraussetzung sei, dass alle Feuerwehrbeamten der Opting-Out-Regelung zustimmen würden. Da hier noch kein Verhandlungsergebnis erzielt worden sei, habe die Firma Rinke auch auf der Basis der 48-Stunden-Woche eine Berechnung vorgenommen. Das Ergebnis laute, dass mit dem jetzigen Personal bis zum Jahre 2010 weiter jedes Jahr Überstunden auflaufen würden; eine Personalaufstockung wäre unabdingbar.

Herr Ender sah Probleme bei der Umsetzung des Opting-Out-Verfahrens, nach seinen Informationen sei keine Bereitschaft bei der Feuerwehr zu sehen, der 56-Stunden-Regelung zuzustimmen.

Frau Bauermeister fragte an, wann die Firma Rinke den endgültigen Abbau der Überstunden prognostiziert.

Herr Gniech erklärte, dass der Abbau in 2011 abgeschlossen sei.

Beschluss:

Als Ersatz für zwei ausgeschiedene Mitarbeiter werden zwei Brandmeister extern eingestellt.

3.2 Besetzung der Planstelle "Stadtentwicklung/Strukturpolitik"

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Preuß zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Stoffers erläuterte, dass die Stelle im Stellenplan vorhanden sei, zuletzt sei sie mit Herrn Dr. Sommer besetzt gewesen. Der OB habe darum gebeten, die Besetzung dieser Stelle vorzunehmen, weil es zunehmend regionalpolitische, überörtliche Aktivitäten gäbe, wie z.B. Metropolregion Bremen-OI-WHV, Oldb. Land, RAG, RIS, VEJ. Diese Sitzungen müssten vor- und nachbereitet werden, die Beschlüsse müssten umgesetzt werden; es gäbe zur Zeit niemanden, der diese Aufgaben wahrnehmen könne. Die Stelle wurde intern ausgeschrieben, beworben habe sich Herr Beckershaus, der derzeit im Rahmen eines befristeten Arbeitsverhältnisses im Fachbereich Stadtplanung tätig sei und dessen Vertrag zum 31.5.2007 auslaufe. Aufgrund seiner Qualifikation erfülle Herr Beckershaus in vollem Umfang die Anforderungen dieser Stelle.

Herr Preuß wies darauf hin, wie wichtig die Besetzung der Stelle gerade im Hinblick auf die Bildung der Metropolregion im letzten Jahr sei. Gerade die fachübergreifende Koordination der verschiedenen Tätigkeitsbereiche werde notwendig.

Herr Ender erklärte, dass der Bereich des FB 13 seines Erachtens personell ausreichend ausgestattet sei und vertrat die Auffassung, dass die Aufgabenbereiche, die hier angesprochen wurden, in der Wirtschaftsförderung anzusiedeln seien und aus seiner Sicht keine Notwendigkeit bestünde, die Stelle zu besetzen.

Auch Herr Felbier verwies auf die derzeitigen Bemühungen der Politik, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu schaffen und kritisierte die Stellenbesetzung sowohl aus finanziellen als auch aus politischen Gründen.

Herr Stoffers verwies auf die Aussagen des Veberas-Gutachtens, das die personelle Ausstattung in diesem Bereich nicht kritisiere. Auf Anfrage von Herrn Felbier, ob das Geld im Haushalt vorhanden sei, um die Stelle zu finanzieren, erklärte Herr Stoffers, dass keine konkrete Summe im Haushalt eingestellt wurde, es aber ohnehin einen bestimmten Betrag gäbe, der

managementbedingt eingespart werden müsse. Innerhalb dieses Betrages müssten die Personalkosten berücksichtigt werden.

Herr Panzer stellte die Frage nach den Arbeitsergebnissen der bisherigen Stelleninhaber. Herr Preuß skizzierte sodann die durchgeführten Projekte.

Herr Ender stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. Auch Herr Felbier wollte die Angelegenheit zunächst in seiner Fraktion diskutieren.

Frau Stoermer verwies darauf, dass die Vorlage den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen sei und kein Anlass bestehe, nochmals in den Fraktionen zu beraten.

Herr Stoffers fragte an, ob das Informationsbedürfnis der Ausschussmitglieder zu dieser Angelegenheit befriedigt sei. Dies bejahte Herr Felbier. Des weiteren verwies Herr Stoffers darauf, dass es sich um eine Vorlage der Verwaltung handle, die der Ausschuss nicht einseitig anhalten könne. Er werde aber dem Oberbürgermeister empfehlen, dem Wunsch des Ausschusses zu folgen, die Angelegenheit erneut in der Mai-Sitzung zu beraten.

Der Personal- und Gleichstellungsausschuss stimmt mit fünf zu zwei Stimmen zu, den Tagesordnungspunkt auf die Sitzung am 21. Mai 07 zu vertagen.

4 Mitteilungen und Anfragen

Herr Ender fragte an, wie die Verwaltung auf die Tatsache reagiert, dass die Ein-Euro-Jobs der Mitbestimmung der Personalvertretung unterliegen.

Herr Gniech erklärte, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts überraschend sei, man werde verhandeln müssen, wie diese Vorgaben umzusetzen seien. Die Prüfung der Zusätzlichkeit werde dann nicht nur über das Job-Center vorgenommen, hier müsse dann auch jeweils der Personalrat zustimmen.